

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Geb. Amhof, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Jelt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261, Dresd.  
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: für 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., für 30 mm breite Nonpareilzeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 25 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietverträge  
40 Pf. Rabat. F. Z. Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 12

Dresden, Freitag den 15. Januar 1926

37. Jahrg.

## Volksentscheid über die Fürsten

Von Paul Vöb

Die Fürstenabfindung sollte nach dem Willen ihrer Urheber ein Zivilprozess für schändlichen Mammon gegen deutsche Länderregierungen werden. Die Republikaner werden dafür zu sorgen haben, daß es ein historischer Prozess der deutschen Republik gegen die Monarchie und ihre Kämpfer wird. Zwar scheinen die Träger der Krone die Bestimmung auf Zurückgenussung ihrer politischen Macht aufzugeben zu haben, denn sonst würden sie ihre ehemaligen Untertanen nicht auf dem Prozessewege belangen. Könnten sie einmal an ihren alten Platz führte, dann würden sie wohl lieber zurücktreten, denjenigen, die sie früher verachtet und verhöhnt haben, so viel als möglich Verdrüss abzufuchsen, um sich selber ein bequemes Leben zu machen, während das deutsche Volk leidet. Aber wie dem auch sei, die Republik hat keinen Anlaß, ihren Feinden die Munition zu liefern, um mit Wismar zu sprechen, oder den Mittelstand und das Proletariat noch mehr zu belasten, um den Reichsten Willkür zu überlassen.

Was dort als Staats-, Kron-, Haus- und Familienvermögen entstanden ist, verdankt im wesentlichen sein Entstehen nicht der Arbeit eines oder vieler Monarchisten, sondern der Arbeit des Volkes. Das Volk machte das Land urbar, nicht der Herzog von Koburg-Gotha, das Volk baute Zäunhöfen und Fabriken, nicht Friedrich Wilhelm III. von Preußen, das Volk baute die Kanäle und entwässerte die Niederlande, nicht die Prinzessin Danila von Montenegro. Soweit dieses Vermögen aber durch Kriege, Ueberfälle, Depositionen anderer Fürsten usw. entstanden, haben die Väter ebenfalls zu 90 Prozent nicht die Fürsten, sondern die Völker gegeben. Die Opfer des Lebens, Gesundheit, Wohlstand, sie gaben ihre Söhne hin. In dem, was dann noch übrig bleibt, was geschäftlicher Zehnpfand, geschäftlicher Spekulation, individueller Begabung und besonderer Erwerbseinkünfte keine Entlohnung verdient, hat das deutsche Volk — vor allem den Arbeiter — zu leisten. Die Fürsten, die als fast unbeschränkte Autokraten die deutsche Politik beeinflussten, tragen ein solches Maß von Widerantwortung für das Unheil, das über Deutschland gekommen ist, daß sie ihrem eigenen Volke reparationspflichtig, wiedergutmachungspflichtig sind.

Die Frage ist: welches wird der sicherste Weg sein, dieser Empfindung zum Siege zu verhelfen. Der demokratische Antrag, der die Entscheidung den Landesparlamenten überweisen will, erscheint mir kaum genügend und ich glaube, wir kommen um den Volksentscheid bei dieser Frage nicht herum, müssen ihn sogar schon jetzt vorbereiten. Es trägt sich nur, ob ein Volksentscheid fürs ganze Reich zum Ziele führt, oder ob man sicherer auf volkstümliche Weisen rechnen kann, wenn die bedrohten Länder für sich und einzeln entscheiden. Nehmen wir einmal die Zahl des Reiches zur Grundlage, so ist der zehnte Teil der Wahlberechtigten, also vier Millionen Stimmen, zur Herbeiführung des Volksbegehrens nötig. Die sind leicht auszubringen. Für die Mehrheit eines verfassungsändernden Gesetzes aber muß über die Hälfte der Wahlberechtigten zusammenkommen, das würde also in hohen Zahlen bedeuten, außer den Sozialdemokraten mit etwa acht Millionen Stimmen, den Kommunisten mit reichlich zwei Millionen, den Demokraten mit knapp zwei Millionen Stimmen müßten noch mehr als drei Millionen vom Zentrum und fünf Millionen aus den übrigen Parteien und aus dem Troß der Nichtwähler gewonnen werden. Das ist der springende Punkt und deshalb ist die Formulierung des Gesetzes für den Volksentscheid so schwierig. Für die entscheidungsgewisse Entscheidung, die zweifellos auch den meisten unserer Genossen am sympathischsten wäre, würden nach der bisherigen Erklärung nur die beiden zuerst genannten Parteien mit zehn Millionen Stimmen zu haben sein und es bläße die große Lücke, die ausgefüllt werden muß, soll nicht Enttäuschung wie bei der letzten Reichspräsidentenwahl eintreten. Es wird also in dem der Volksabstimmung zu unterbreitenden Gesetz eine Konzession für die weiteren zur Mehrheit nötigen zehn Millionen gemacht werden müssen, indem man entweder den lebenden Fürsten, die ein Anstandsvermögen nicht besitzen, eine Rente auf Lebenszeit gewährt, deren Höhe von den Landesparlamenten festzusetzen ist, ähnlich den Offiziers- oder Arztsoldatenrenten. Oder, was vielleicht noch sympathischer ist, man nimmt als Richtlinie für den Grad der Entschädigung jene Aufwertung, die den Besitzern deutscher Kriegsanleihen zuteil wird und die nicht allzuviel über 0,1 Prozent beträgt. Jedenfalls wird eine solche rechtliche Gleichstellung mehr Sympathien im Volke auslösen als das, was bisher an Vergleichsverfahren oder Richtersprüche bekannt geworden ist.

Wird so eine genügend breite Plattform gefunden, auf der die Gegner der Fürstenabfindung sich versammeln und kämpfen können, dann mögen ihr Urteil abgeben diejenigen, die alles verloren haben und so gut wie nichts aufgewertet erhalten, die ihre gesunden Glieder hingaben und kümmerlich leben müssen, die ihre Kinder adoptiert haben, die Auslandsdeutschen, die Erwerbslosen und alle Kollektiven, und dann, welche ich nicht, wird aus dem Zivilprozess der historische Prozess werden, der nicht die Fürsten, sondern die Republik gesund zu machen bestimmt ist.

## Die „Regierung der Mitte“

Es ist zu erwarten, daß die neue Regierung Luther am Freitag abend gebildet ist und sich am Mittwoch der kommenden Woche dem Reichstag mit einer Programmerkklärung vorstellt. Die prinzipielle Eingangsrede der bürgerlichen Wiltchpartei über bestimmte programmatische Punkte ist am Donnerstag nach wiederholten Verhandlungen erzielt worden. Am Zentrum wurde die Frage der aktiven Beteiligung stark ins Auge gefaßt, insbesondere vertrat Stegerwald die Auffassung, auch gegenüber dem zweiten Kabinett Luther nur eine lose Bindung einzugehen.

Die Personenfragen sollen endgültig am Freitag geklärt werden. Sie sind in den bisherigen Verhandlungen nur gestreift worden. Dem Zentrum wurden von Dr. Luther das Justizministerium in Verbindung mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete, ferner das Arbeitsministerium mit Trauns und das Ernährungs- oder Wirtschaftsministerium angeboten. Als Justizminister dürfte der bisherige Reichskanzler Warg in Frage kommen. Anfanglich hat das Zentrum auch auf die Befestigung des Reichsministeriums des Innern Wert gelegt, ohne die Übernahme dieses Amtes zur Bedingung für den Eintritt in die Regierung zu machen. Es ist wahrscheinlich, daß ein Demofrat dieses Ministerium übernimmt. Außerdem dürfte die demokratische Fraktion noch einen Minister für eines der anderen Minister (Finanzministerium) zu stellen haben. Der Reichswehrminister Dr. Gessler wird angeblich aus Gesundheitsgründen dem neuen Kabinett Luther nicht mehr angehören. Die wirkliche Ursache seines Ausscheidens dürfte aber in der schmerzhaften Opposition zu liegen sein, die keine Haltung seit Monaten inner- und außerhalb der demokratischen Reichstagsfraktion fand.

Die Volkspartei wird an dem neuen Kabinett in erster Linie durch den Außenminister Dr. Stresemann beteiligt sein. Sie dürfte außerdem noch zwei weitere Minister zu besetzen haben. Die Bayerische Volkspartei ist durch den bisherigen Reichspostminister Dr. Dingel vertreten.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat am Donnerstag abend ihre Haltung zu der neuen Regierung Luther in folgender Entschärfung festgelegt: „Durchdringen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwörtliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts Luther nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesen Schritt zu beteiligen und wird ihm gegenüber in passiver, aber nicht grundständiger Opposition stehen. Die Fraktion behält also ihre übliche Unabhängigkeit für ihre Einstellung zu den jeweils auftretenden Fragen.“

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteiausschuss zur Verötung über die schwebenden politischen Fragen zum kommenden Dienstag, den 19. Januar, nach Berlin berufen.

### Der ewige Wehrminister

D. Berlin, 15. Januar. (Sig. Anst. Bruch.) Die am stärksten verurteilten des Kabinetts ist auch diesmal Dr. Gessler. Die Demokraten erklären, es sei völlig unzulässig, daß von demokratischer Seite gegen das Verbleiben Dr. Gesslers Einspruch erhoben werden sollte. Wenn man der realitätsbedingten Presse jedoch glauben schenken will — und deren Beziehungen zum Reichswehrminister sind doch besser als die der Demokraten —, so wollen die Demokraten doch Gessler als Reichswehrminister von sich abstellen. Demgegenüber steht die Deutsche Tageszeitung, wie es der „demokratische“ Reichswehrminister verdient, lebhaft für Dr. Gessler ein.

Die Deutsche Zeitung weiß bereits, daß wahrscheinlich noch ein letzter Versuch gemacht werden wird, Gessler zum Verbleiben im Kabinett zu bewegen. Im letzten Augenblick wird also wahrscheinlich wieder der Grad des Ministerpostens konstant und dem Gesundheitszustand Dr. Gesslers zu helfen, daß er weiterhin „Reichswehrminister“ bleiben kann.

## Die teure Reichswehr

Von unserm Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Dem Reichstag ist am Dienstag der Etat für 1926 vorgelegen. Er weist erschreckende Mehrauforderungen für Heer und Marine nach. Die Ausgaben des Reichswehrministeriums, die im Jahre 1924 noch 456,3 Millionen betrugen und im Jahre 1925 auf 572,1 Millionen gestiegen sind, sollen nun 685,8 Millionen betragen. Jahr für Jahr sind also die Ausgaben des Reichswehrministeriums um mehr als 100 Millionen gestiegen. Die Kritik, die an dieser Tatsache in der sozialdemokratischen Presse geübt worden ist, wurde trotz ihrer strengen Sachlichkeit von der Reichspresse sehr übel vermerkt. Inzwischen ist auch Herr Dr. Gessler auf den Plan getreten und hat in einem Interview im Berliner Tageblatt den Versuch gemacht, die Mehrauforderungen zu rechtfertigen. Man kann aber nicht zugeben, daß diese Rechtfertigung gelüßt ist; denn um was handelt es sich?

In erster Linie handelt es sich um die Tatsache, daß Deutschland sich bei allen seinen öffentlichen Ausgaben die größte Sparanleihe auferlegen muß. Bei den bürgerlichen Parteien hat diese Idee sogar zum Sparanleihefestspiel geführt. Der Reichsverband der Industrie fordert daher einen rein schematischen Abbau aller Ausgaben um 20 Prozent. Diese Stellungnahme ist aber nur rein theoretisch. In dem gleichen Augenblick, in dem dieser Schrei nach Sparanleihe ausgestoßen wird, stellt sich das ganze Bürgerum schweigend vor Herrn Gessler, der, statt zu sparen, mehr als 100 Millionen neue Ausgaben verlangt. Damit betreiben die bürgerlichen Parteien genau das gleiche Doppelverbot wie in ihrem sonstigen Verhalten. Zur dritten Lesung des Etats für das Jahr 1926 liegen 3. B. 40 Anträge der Rechten vor, die erhebliche Mehrausgaben bedeuten. Der Grundgedanke der Sparanleihe soll eben nur dort angewendet werden, wo Interessen der breiten Volksmassen in Frage kommen, nicht aber dort, wo es sich um Sonderprivilegien aus der Reichskasse für die bestehenden Schichten handelt.

Man braucht zu diesem Zweck nur die Entwicklung der Ausgaben des Reichsarbeitsministeriums mit denen des Reichswehrministeriums zu vergleichen. Dabei ergibt sich folgendes Bild: Die Ausgaben des Reichswehrministeriums sind vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1926 von 456,3 Millionen auf 685,8 Millionen gestiegen. Der Anteil der Ausgaben des Reichswehrministeriums an den Gesamtausgaben stieg infolgedessen von 7,6 auf 8,9 Prozent. In der gleichen Zeit sind die Ausgaben für das Reichsarbeitsministerium von 495,3 Millionen auf 397,5 Millionen, also von 8,2 Prozent auf 5,2 Prozent gesunken. Das Reichsarbeitsministerium, dessen Ausgaben 1924 um 38 Millionen höher waren als die Ausgaben des Reichswehrministeriums, hat also im Jahre 1926 Ausgaben, die um 288 Millionen niedriger sind. In dieser Tatsache geht Herr Gessler selbstverständlich mit Stillschweigen vorbei.

Wie aber rechtfertigt er die gewaltigen Mehrauforderungen? Was seinen Angaben

und es die Preissteigerungen, insbesondere für Materialien, die neben den persönlichen Mehrausgaben die Ausgabensteigerung verursachen. Das gibt er insbesondere als Ursache für die Mehrauforderung von 18½ Millionen für die Anschaffung von Waffen und Munition an, deren Beschaffungskosten seit dem 1. April 1925 wesentlich gestiegen seien. Nun heißt es aber in den amtlichen Erklärungen zum Etat, daß nur die Preissteigerungen berücksichtigt wurden, die bis zu dem „Stichtag vom 1. Juli 1925“ eingetreten sind. Danach müßten also die in Frage kommenden Wehrmaterialien allein in dem Vierteljahr vom April bis Juli 1925 um 18½ Millionen im Preise gestiegen sein. So dann unzulässig ist, kann Herr Gessler nicht verlangen, daß seinen beschwichtigenden Angaben die Richtigkeit zugesprochen wird. Gleichwohl läßt sich schon entnehmen, daß noch weitere Mehrauforderungen für den Wehretat drohen, soweit seit dem 1. Juli neue Preissteigerungen eingetreten sind.

Die Hauptkritik gegen den Wehretat des Herrn Gessler richtete sich gegen seine Anforderung erster Raten zum Bau von Kreuzern und Torpedobooten. Veranschlagt dieser Schiffe usw., die die statliche Summe von fast 40 Millionen ausmachen. Mit dieser Summe kann der Bau von Kreuzern und Torpedobooten aber nur begonnen, jedoch nicht beendet werden. Deshalb fordert man ja auch nur „erste Raten“. In Wirklichkeit handelt es sich also um Ausgaben, die fortauern, also mehrere Jahre neu bewilligt werden müssen. Sind aber erst einmal die ersten Raten bewilligt, so ist die Bewilligung natürlich nicht zweifelhaft. Es handelt sich also nicht nur um einen Betrag von etwa 40 Millionen, sondern um das Drei- bis Vierfache dieser Summe.

Es muß verlangt werden, daß der Reichstag den Reichswehretat mit besonderer Sorgfalt überwacht und Abschnitte macht. Dabei löst die Sozialdemokratie nicht Aneignung oder etwa Hoß gegen die Angehörigen der Reichswehr. Angesichts der gewaltigen Not großer Volksmassen aber kann nicht gebilligt werden, daß unproduktive Ausgaben, die für die ganze Volkswirtschaft nutzlos sind, voranommen werden, weil es eine kleine Zahl von Menschen gibt, die den Ernst unserer Wirtschaftslage nicht begriffen haben.

### Agitation mit der Erwerbslosennot

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:  
Die Kommunisten hatten zu Beginn der Verhandlungen des Reichstags einen Delegationsturm aus Berlin und dem Reich zu organisieren versucht. Da aber nur sehr wenige Städte ihrer Aufforderung entsprachen, suchte die kommunistische Presse nun durch unwaohre Berichte über Verhandlungen von Erwerbslosen-Delegierten mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Stimmung unter den Erwerbslosen zu erhitzen. U. a. wird behauptet, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten es abgesehen, Vertriebsleistungen zu verrichten, weil sie einen Gewinn in die Tasche des Staates und der Wirtschaft darbrähen. In Wirklichkeit